



Landwirtschaft unterstützen statt ruinieren

Im Leitantrag der CDU/CSU-Fraktion an den Deutschen Bundestag fordert die Union, die Agrardiesel-Steuerentlastung sowie die Kfz-Steuerbefreiung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in allen anderen von diesen Maßnahmen betroffenen land- und forstwirtschaftsnahen Wirtschaftsbereichen dauerhaft fortzuführen. Das kann aber für die CDU/CSU nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus ist ein grundsätzliches Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik erforderlich, dass insbesondere die guten und auf breiter Basis geeinten Ansätze der „Borchert-Kommission“ und der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ aus der letzten Legislaturperiode aufgreift und umsetzt. Das Gegenmodell der Unionsfraktion zur Politik der Ampel:

Es braucht jetzt eine deutliche Stärkung der ressourceneffizienten Landwirtschaft und einen Verzicht auf nationale, ideologiesteuerte regulatorische Alleingänge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft schwächen.

Die Landwirtschaft braucht Entbürokratisierung vom Acker bis zum Teller. Öffentliche Investitionen – gleich ob in konventionell oder ökologisch ausgerichteten Betrieben – müssen Priorität genießen. Innovationen bei neuen Züchtungsmethoden sowie im Biokraftstoff-Sektor dürfen nicht mehr aus ideologischen Gründen blockiert, sondern müssen gefördert werden. Zusätzlich müssen faire Handelspraktiken in der Lebensmittellieferkette gewährleistet und in der EU-Agrarpolitik wieder der Schulterchluss mit den europäischen Partnern gesucht werden, damit eine gemeinsame zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit einer starken Einkommensgrundstützung dauerhaft gewährleistet ist.

Neue unpraktikable und teils doppelte Dokumentationspflichten für landwirtschaftliche Betriebe, wie sie etwa im Rahmen der Stoffstrombilanz vorgesehen sind, müssen wieder abgeschafft werden.

Gemeinsam will die Union mit dem Berufsstand, sowohl den konventionellen als auch den ökologisch wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten, in einen geordneten und regelmäßigen Austausch zu treten, um herauszuarbeiten, welche Dokumentationspflichten sowie fachlich unsinnigen Regeln, wie beispielsweise bei Fragen zur Umsetzung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), gestrichen oder geändert beziehungsweise wo Bagatellgrenzen eingeführt werden können.

Die CDU/CSU will bundesweite Anwendungsvorschriften für die neue TA-Luft zur unkomplizierten und rechtssicheren Realisierung von Umbaumaßnahmen im Sinne des Tierwohls erstellen. Es braucht darüber hinaus einen Vertrauensschutz für neue oder umgebaute Ställe durch 20 Jahre Genehmigungsgültigkeit. Außerdem ist aus Sicht der Union eine rechtliche Kategorie der emissionsschutzrechtlichen Teilgenehmigung einzuführen, damit die Genehmigung eines neuen Stalls nicht zu einer langwierigen und teuren Neubewertung des kompletten Betriebs incl. aller Ställe und Anlagen führt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



nach der dieswöchigen Großdemonstration des Bauernverbandes in Berlin, an dem auch viele Landwirte aus Nordrhein-Westfalen teilnahmen, hat sich auf meine Einladung die CDU-Landesgruppe NRW mit den Spitzenrepräsentanten aus der nordrhein-westfälischen Land- und Forstwirtschaft getroffen.

Im Gespräch mit den Präsidenten des Rheinischen und Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, des Vorsitzenden der Waldbauern, des Vorsitzenden des ökologischen Landbaus, des stellv. Vorsitzenden des LSV e.V. und unserer NRW-Landwirtschaftsministerin, Silke Gorißen, haben wir über die von der Ampel-Koalition ungerechtfertigt geplante Abschaffung der Agrardieselregelung gesprochen.

Außerdem über die mittlerweile überbordende Bürokratie bei der Umsetzung von europäischen und nationalen Vorschriften und die Alleingänge der Ampel beim Tierwohl, Pflanzenschutz und beim Bundeswaldgesetz, die schon heute eine große Belastung für eine gute und funktionierende Landwirtschaft in NRW sind. Wir sind uns mit der Landwirtschaft einig: Die Politik der Ampel ist eine existenzielle Bedrohung nicht nur für unsere Bauernfamilien, sondern auch für die Ernährungssicherheit und den Klimaschutz.

Unsere ländlichen Regionen sind ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunftsfeste Landwirtschaft undenkbar. Jeder zehnte Arbeitsplatz in Deutschland ist mit der Landwirtschaft verknüpft. Gleichzeitig erhalten Landwirtinnen und Landwirte unsere biodiverse Kulturlandschaft, übernehmen konkrete ökologische Verantwortung und versorgen uns mit regional erzeugten, vielfältigen Lebensmitteln. Zudem können sie bei den entsprechenden Rahmenbedingungen einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und des Artensterbens sowie zur Klimaanpassung leisten. Landwirte, egal ob sie konventionell oder ökologisch wirtschaften, arbeiten allein schon aus Eigeninteresse nachhaltig und denken in Generationen. Deswegen hat die CDU/CSU in einem Leitantrag diese Woche konkrete Maßnahmen, die Sie in diesem Newsletter nachlesen können, in den Bundestag eingebracht, die unsere Landwirtschaft unterstützen statt sie kaputtzumachen.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



Kinderschutz ist dringend notwendig

Untätigkeit der Regierung bedeutet für viele Kinder ein Sicherheitsrisiko

Der Bundestag beriet am Donnerstag in 2. und 3. Lesung den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“. Dazu äußerte sich der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Günther Krings:

„Die Arbeitsverweigerung der Ampel ist ein Skandal. Schon vor 16 Monaten hat der Europäische Gerichtshof klipp und klar gesagt hat, dass zur Bekämpfung schwerer Kriminalität eine IP-Adressen-Speicherung zulässig ist. Dennoch legt die Ampel nichts vor und lässt damit unsere Kinder im Stich. Die Praktiker haben uns in der Anhörung des Rechtsausschusses bestätigt, dass sie die IP-Adressen dringend benötigen, um insbesondere Taten wie Kinderpornographie und sexueller Missbrauch von Kindern aufzuklären.

Auch die Deutsche Kinderhilfe hat im Hinblick auf die heutige Abstimmung an alle Abgeordneten appelliert: ‚Stimmen Sie für mehr Schutz unserer Kinder vor sexuellem Missbrauch!‘ Schon oft hat der Kanzler zugesagt, sich um dieses wichtige Thema zu kümmern. Aber passiert ist seit zwei Jahren nichts. Die Untätigkeit der Regierung bedeutet für viele Kinder ein handfestes Sicherheitsrisiko in Deutschland und sorgt dafür, dass Kinderschänder sicher vor Strafverfolgung sind.“

Foto: Tobias Koch

Haushalt 2024 überschreitet Grenze des Zumutbaren

Vielfältigste Belastungen und chaotisches Verfahren



Zur 2. Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2024 im Haushaltsausschuss erklärt der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase:

„Das gesamte Haushaltsverfahren setzt negative Maßstäbe in bisher nie dagewesener Form. Vier Bereinigungsvorlagen, wovon die letzte einen Tag vor der 2. Bereinigungssitzung gekommen ist, zusammen mit rd. 1000 Änderungen inkl. der Koalitionsanträge zeigen die ganze Absurdität.

Das gesamte Haushaltskonstrukt ist so unsolide, dass man es hätte komplett neu aufsetzen müssen. Ein valides Zahlenwerk als Grundlage ist jedoch Fehlangeige. Änderungen wurden im Tagesrhythmus vorgenommen. Das ganze Verfahren ist eine Farce. Es ist unseriös und ungeordnet, weshalb wir uns im Rahmen der Bereinigungssitzungen nur auf die Einbringung von Anträgen als sogenannte Maßgabebeschlüsse beschränkt und keine weiteren Haushaltsanträge eingebracht haben.

Neben dem Verfahren sticht besonders das Potpourri von Belastungen für Bürger und Unternehmen in zweistelliger Milliardenhöhe heraus: Erhöhung der Lkw-Maut, höherer CO2-Preis, Agrardieselstreichung, Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas; Plastikabgabe und höhere Luftverkehrsteuer. Gleichzeitig sind die Sozialversicherungsbeiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung gestiegen. Der Haushalt 2024 vermittelt keine Aufbruchstimmung, er sorgt eher für Frust und Angst um die eigene Existenz. Eine verlässliche, stringente Politik ist aus dem Haushalt 2024 nicht erkennbar. Es scheint, als habe die Ampel den Überblick verloren und möchte das Verfahren nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ einfach nur noch abschließen. So schafft die Ampel kein Vertrauen in der Bevölkerung, sondern trägt weiter zur Verunsicherung bei.

Die führenden Mitglieder der Bundesregierung agieren aber weiter wie „Traumtänzer“. Der Bundeskanzler träumt noch immer von einem deutschen Wirtschaftswunder, der Wirtschaftsminister von einer grünen Transformation zum Nulltarif und der Finanzminister von soliden Haushalten. Dieses „Traumtänzertrio“ sollte sofort aufwachen, ansonsten wird ihre Politik mehr und mehr zum Albtraum für Bürger und Unternehmen. Deutschland benötigt endlich eine kluge und vorausschauende Politik. Es bedarf einer wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und finanzpolitischen Kurskorrektur.“

Foto: Tobias Koch

Impressum:

Ausgabe Nr. 01/2024,
19. Januar 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck